

STATISTISCHES BUNDESAMT

Protokoll

über die 2. Tagung des Statistischen Beirats
am 14./15. Dezember 1954 in Wiesbaden

STATISTISCHES BUNDESAMT

Abt. I

P r o t o k o l l

über die 2. Tagung des Statistischen Beirats
am 14. und 15. Dezember 1954 in Wiesbaden

I. Anwesende:

Präsident Dr. Fürst (als Vorsitzender)	Statistisches Bundesamt	Wiesbaden- Biebrich
---	-------------------------	------------------------

A. Vertreter der Bundesministerien:

Weidemann	Dienststelle Blank	Bonn
Heipertz	Auswärtiges Amt	"
Frau Dr. Stock	Bundesmin.f.wirtschaftliche Zusammenarbeit	Bad Godesberg
Dr. Hankel	" "	" "
Dr. Rompe	" d.Finanzen	Bonn
v. Boeckh	" f.Wirtschaft	"
Dr. v. Roeder	" "	"
Dr. Luyken	" f.Arbeit	"
Dr. Fey	" f.Wohnungsbau	"
Dr. Essen	" f.Vertriebene	"
Dr. Schrötter	" f.Verkehr	"
Dr. Saake	" "	"
Dr. Fiedler	Bundesrechnungshof	Frankfurt/Main
Dr. Weinhold	Bank deutscher Länder	"
Dr. Schlesinger	" " "	"
Effmert	Deutsche Bundesbahn	"

B. Vertreter der Statistischen Landesämter:

Dr. Horn	Stat.Landesamt Schleswig- Holstein	Kiel-Wik
Dr. Ide	" " Hamburg	Hamburg
Dr. Kraus	Nieders.Amt f.Landes- planung und Statistik	Hannover

Chandon	Stat.Landesamt Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf
Schweda	" " "	"
Dr. Hüfner	Hess.Stat.Landesamt	Wiesbaden
Prof. Dr. Zwick	Stat.Landesamt Rheinland-Pfalz	Bad Ems
Prof. Dr. Griesmeier	" " Baden-Württemberg	Stuttgart
Dr. Wagner	Bayer.Stat.Landesamt	München
Dr. Wirnshofer	" " "	"
Prof. Dr. Kürbs	Stat.Landesamt Berlin	Berlin
Dr. Lellau	Handelsstat.Amt Hamburg	Hamburg

C. Vertreter der Verbände und Organisationen:

Dr. Mewes	Deutscher Städtetag	Braunschweig
Dr. Buhrow	" "	Köln-Marienburg
Völsgen	Deutscher Gemeindetag	Bad Godesberg
Dr. Behrens	Bundesverband der Deutschen Industrie	Köln
Prof. Dr. Herrmann	" "	"
Dr. Degenhardt	" "	Frankfurt/Main
Dr. Hartmann	Deutscher Industrie- und Handelstag	Bonn
Schünemann	Zentralverband des Deutschen Handwerks	"
Dr. Grosse	Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels	Köln
Dr. Frerichs	Gesamtverband des Deutschen Gross- und Aussenhandels	Bonn
Dr. Harting	Gesamtverband der Versicherungswirtschaft	Köln
Weinert	Arbeitsgemeinschaft Energie (AGE)	Frankfurt/Main
Dr. Spiegelhalter	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände	Köln
Deneke	Bundesverband der Freien Berufe	Düsseldorf
Kruschwitz	Ständige Konferenz der Hauptgeschäftsführer der Verbände des Verkehrs	Essen
Dr. Lange	Wirtschaftswissenschaftl. Institut der Gewerkschaften	Köln
Frau Kleine	" "	"

Dr. Vogel	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft	Hamburg
Freiherr v. Lüninck	Verband der Landwirtschaftskammern	Frankfurt/Main
Dr. Kalkhoff	Deutscher Bauernverband	Bonn
Dr. Hanstein	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute	"
Dr. Grünig	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	Berlin-Dahlem
Dr. Bischoff	Verein Statistik der Kohlenwirtschaft	Essen

D. Landesregierungen:

Frau Dr. Marizy	Hessischer Ministerpräsident - Staatskanzlei -	Wiesbaden
Frau Dr. Küper	Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf

E. Statistisches Bundesamt:

Abteilung I	Dr. Szameitat
	Dr. Reepschlaeger
	Raapke
	Dr. Dennukat
	Prof. Dr. Koller
	Dr. Busch
Abteilung II	Frl. Dr. Bartels
	Dr. Schörry
	Dr. Raabe
	Dr. Schulz
Abteilung III	Dr. Rauterberg
Abteilung IV	Dr. Werner
	Reichenbach
Abteilung V	Schmidt
	Madlinger
	Dr. Mustroph
Abteilung VI	Dr. Deneffe
Abteilung VII	Dr. Herrmann
	Dr. Heine
Abteilung VIII	Dr. Horstmann
	Dr. Goetz
	Dr. Sperling

II. Wortlaut des Protokolls:

Präsident Dr. Fürst eröffnet als Vorsitzender die zweite Tagung des Statistischen Beirats. Er begrüsst die Mitglieder und Gäste und stellt die seit der ersten Tagung neu hinzugekommenen Mitglieder vor.

Einleitend weist der Vorsitzende auf die Schwierigkeit hin, für ein so verschiedenartig zusammengesetztes Gremium eine Tagesordnung aufzustellen, die alle Beiratsmitglieder in gleichem Masse befriedigt. Es besteht Klarheit darüber, dass der Statistische Beirat eine andere Stellung einnimmt und damit auch eine andere Arbeitsweise haben muss als etwa die wissenschaftlichen Beiräte der Ministerien, die sich entweder ihre Aufgabe selbst stellen oder denen spezielle Einzelprobleme zur Begutachtung vorgelegt werden. Im Statistischen Beirat dagegen haben alle an der Statistik Interessierten Gelegenheit, sich zu den abgeschlossenen, den laufenden und vor allem auch den zukünftigen Arbeiten des Statistischen Bundesamtes zu äussern. An diesen Arbeiten ist auch die Öffentlichkeit, die im Beirat nicht besonders vertreten ist, interessiert. Die Fülle der Anfragen veranlasst das Statistische Bundesamt, sich auch als Sachwalter dieser Interessenten zu fühlen und dabei nicht zu vergessen, dass es nicht nur eine Verwaltungsbehörde, sondern auch eine wissenschaftliche Institution ist.

Da es nicht möglich ist, sämtliche Probleme und Arbeiten in einer zweitägigen Sitzung zu behandeln, sollen einige wesentliche Fragen herausgegriffen und zur Diskussion gestellt werden, um Klarheit über die Richtung zu gewinnen, in der gearbeitet werden soll.

Der Aufbau und Ausbau eines in sich geschlossenen Systems von Statistiken wird nie abschliessend erreicht werden. Die Statistik wird stets der Entwicklung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens folgen müssen, wenn sie diese Vorgänge und Veränderungen richtig erfassen und darstellen will. Dennoch müssen wir uns hüten, die Lösung nur in der Einführung neuer Statistiken zu sehen, sondern die Überlegungen, mit welchen statistischen Methoden eine bestimmte

Fragestellung am besten und einfachsten beantwortet werden kann, in den Vordergrund rücken.

Es ist erforderlich, die Statistiken auf klare, von der ökonomischen Theorie hergeleitete Definitionen abzustellen und allgemeine ökonomische Überlegungen in den Mittelpunkt der statistischen Arbeiten zu stellen, die ein zusammenhängendes Bild über alle wirtschaftlich und sozial wichtigen Tatbestände liefern sollen.

Der heutigen Wirtschaftsordnung entsprechend, hat die Statistik die Aufgabe, die Vorgänge zu beobachten und der Wirtschaftspolitik für ihre "marktkonformen Massnahmen" die Kenntnis der makroökonomischen Zusammenhänge zu vermitteln. Eine Voraussetzung für die derzeitige Wirtschaftsordnung bildet die Durchsichtigkeit der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, die es ermöglicht, die Entwicklungen zu erkennen, und die dazu beiträgt, staatliche Verwaltungsakte möglichst zu vermeiden.

Zum Hauptthema des ersten Tages überleitend, weist der Vorsitzende darauf hin, dass in letzter Zeit die Fragen nach der Höhe, der Entwicklung und der Schichtung der Einkommen ganz besonders im Mittelpunkt des wirtschaftlichen und politischen Interesses gestanden haben. Daher hat das Statistische Bundesamt eine Bestandsaufnahme des für die Einkommenstatistiken vorhandenen Instrumentariums und eine Diskussion der sich hier abzeichnenden Entwicklungs- und Verbesserungsmöglichkeiten für erforderlich gehalten.

Den Berichten über die Probleme der einzelnen Einkommenstatistiken wird ein einleitendes Referat über

Einkommenbegriffe und Gruppierung der Einkommen

vorangestellt, um zunächst einen Überblick über das zu geben, was von allgemeinen ökonomischen Gesichtspunkten in der Einkommenstatistik erfasst werden sollte. Dieser Überblick liefert zugleich auch einen Masstab, an dem die Vollständigkeit der vorhandenen Statistiken geprüft werden kann.

Im Anschluss daran folgen die Referate und Diskussionen in der Reihenfolge der vorgelegten Tagesordnung:

Die Steuerstatistiken als Quelle der Einkommenstatistik und ihre Probleme,

Probleme der Lohn- und Gehaltsstatistik,

Die Lohnsummen in der Industrie- und Bauwirtschaftsberichterstattung, in der Finanzstatistik als Quelle der Einkommenstatistik,

Die Statistik der Einkommen der Rentenempfänger,

Wege zur Erfassung der Familieneinkommen,

Probleme eines Nachweises der Einkommenschichtung.

Im Januar-Heft 1955 von "Wirtschaft und Statistik" wird ein zusammenfassender Aufsatz über die Probleme der Einkommenstatistik erscheinen, der als Ergänzung des Protokolls anzusehen ist und der allen Beiratsmitgliedern als Sonderdruck übermittelt wird. Im Rahmen des Protokolls soll daher nur in zusammengefasster Form über die Diskussionsbeiträge und ihre Ergebnisse berichtet werden.

Vom Vertreter der Arbeitgeberverbände wird darauf hingewiesen, dass man wohl die dargelegte Definition der Einkommenbegriffe als Kompromiss hinnehmen müsse, aber die Grenzen doch recht flüchtig seien. Besonders bei internationalen Vergleichen treten Diskrepanzen auf, weil die Begriffe in den einzelnen Ländern unterschiedlich sind. Der Vertreter des Bundesrechnungshofs weist auf die Gefahr hin, dass sich aus einer falschen Abgrenzung der Begriffe nachteilige wirtschaftliche und sozialpolitische Folgen ergeben könnten. Auch von ihm werden die Schwierigkeiten bei internationalen Vergleichen hervorgehoben. In diesem Zusammenhang berichtet der Vertreter der Kohlenwirtschaft über die Verhandlungen zum Luxemburger Lohnvergleich, dessen Begriffe nicht ohne weiteres in unser nationales lohnstatistisches System einzufügen sind. Zum steuerlichen Einkommenbegriff stellt der Vertreter des Bundesfinanzministeriums fest, dass dieser zunächst nicht von ökonomischen Überlegungen bestimmt wird. Der Vorsitzende stellt abschliessend fest, dass für die Arbeit des Statistikers eine Abgrenzung der Begriffe in der einen oder anderen Richtung vorhanden sein muss, um das Einkommen in seinem ganzen Umfang erfassen zu können. Die Entscheidung, welche Bestandteile in den Einkommenbegriff einzubeziehen sind, muss von der jeweiligen Fragestellung abhängig gemacht und auch der Entwicklung der Verhältnisse angepasst werden.

Bei der Erörterung über die Steuerstatistiken als Quelle der Einkommenstatistik betont der Vorsitzende, dass im Vordergrund das Bedürfnis steht, Erkenntnisse für die Marktbeobachtung zu gewinnen, jedoch mit den Steuerstatistiken nicht alle Probleme geklärt werden können.

Zu den Problemen der Lohn- und Gehaltsstatistik wird von den Sozialpartnern die Dringlichkeit einer neuen Lohnstrukturerhebung im Jahre 1955 hervorgehoben. Hierzu wird festgestellt, dass dieser Termin zwar vorgesehen war, aber eine Rechtsgrundlage frühestens für 1956 erstellt werden kann. Ausserdem seien noch umfangreiche Vorarbeiten nötig.

Die weitere Diskussion zeigt, dass sowohl die Industriestatistik als auch die Finanzstatistik noch Möglichkeiten offen lassen, die für den Ausbau der Einkommenstatistik genutzt werden könnten.

Zur Frage der Erfassung der Familieneinkommen betont der Vorsitzende, dass bei der späteren Volks- und Berufszählung versucht werden soll, die Haushaltszusammensetzung besser nachzuweisen. Der Vertreter des Bundesfinanzministeriums hebt die Wichtigkeit dieses Zweiges der Statistik für die Steuerpolitik hervor.

Zu dem Bericht des Statistischen Bundesamtes über die Wirtschaftsrechnungen weist die Vertreterin des Deutschen Gewerkschaftsbundes darauf hin, dass eine methodische Weiterentwicklung wünschenswert sei. Auch zahlreiche weitere Mitglieder des Beirats betonen, dass angestrebt werden sollte, neue wesentliche Erkenntnisse über die Familieneinkommen und den Verbrauch der Einkommen zu erhalten. Es erscheint allerdings erforderlich, diese Gedankengänge zunächst sorgfältig im Fachausschuss zu beraten. Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft erklärt, dass sein Ressort bereit sei, die Federführung bei den später notwendig werdenden formalen Erfordernissen zu übernehmen.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden verzichtet der Beirat auf den Bericht über den Nachweis der Einkommenschichtung, da die damit zusammenhängenden Probleme bereits im Rahmen der Diskussion behandelt worden sind.

Der zweite Tag der Beiratssitzung stand unter dem Hauptthema

Bericht über Arbeiten des Statistischen Bundesamtes
seit der letzten Beiratstagung und über die in Vor-
bereitung befindlichen statistischen Vorhaben.

Der Vorsitzende weist auf die hierfür versandten ausführlichen Besprechungsunterlagen hin. Er schlägt vor, auf eine mündliche Wiederholung dieses Berichtes zu verzichten und stattdessen einzelne der im Bericht enthaltenen Fragen und Auffassungen des Statistischen Bundesamtes zu diskutieren und auch solche Probleme aufzugreifen, die entweder in diesem Bericht nicht behandelt oder die noch nicht ausreichend geklärt werden konnten. Der Beirat stimmt dieser Auffassung zu.

Im Verlaufe der Diskussion hat sich ergeben, dass infolge der Verzahnung verschiedener Probleme die Reihenfolge der Tagesordnung nicht immer eingehalten werden konnte. Um das Protokoll übersichtlicher zu gestalten, und um den Zusammenhang zwischen dem übersandten Bericht und dem Protokoll zu erhalten, werden die wichtigen Ergebnisse der Diskussion in Abweichung des zeitlichen Ablaufs nach Möglichkeit in der Reihenfolge der versandten Tagesordnung wiedergegeben. Im übrigen wird davon abgesehen, die im Bericht enthaltenen Probleme und Auffassungen nochmals im Protokoll im einzelnen zu wiederholen, da der Bericht allen Beiratsmitgliedern zuvor als Besprechungsunterlage zur Verfügung gestellt worden ist.

A. Allgemeiner Teil

=====

I. Die Arbeiten und die Arbeitsweise der verschiedenen
amtlichen Gremien und die dabei gesammelten Erfahrungen

In der eingehenden Diskussion werden zunächst die Schwierigkeiten erörtert, die aus der verhältnismässig grossen Zahl statistischer Tagungen entstehen. Es zeigt sich dabei, dass die Tagungen vor allem in dem föderativen Aufbau der Verwaltung begründet sind und der Abstimmung von Bundes- und Länderinteressen dienen sollen. Die Zahl der vom Statistischen Bundesamt einberufenen Ausschusssitzungen ist während der letzten Jahre nicht gestiegen. Es

wird auch künftig angestrebt, die Tagesordnungen für die Fachausschüsse so aufzustellen, dass die umfangreichen technisch-organisatorischen Fragen, an denen nur die Statistischen Ämter interessiert sind, auf einen den Fachausschusssitzungen vorhergehenden oder folgenden Tag gelegt werden. Der Beschluss des Sonderausschusses Statistik bei der Arbeitsgemeinschaft der Innenministerien der Bundesländer, künftig Entwürfe von Gesetzen oder Rechtsverordnungen zur Durchführung von Statistiken nur zu beraten, wenn sie in methodischen und technischen Fragen vorher durch den Statistischen Beirat, seine Fachausschüsse oder Arbeitskreise behandelt worden sind, kann allerdings zur Folge haben, dass die Zahl der Sitzungstage ansteigt. Um zu häufige Sitzungen zu vermeiden, soll versucht werden, hierfür geeignete Fragen im Umlaufverfahren zu klären. Bei dieser Gelegenheit wird angeregt, dadurch eine gewisse Entlastung zu schaffen, dass nicht sämtliche Statistischen Landesämter an allen Sitzungen der Unterausschüsse und Arbeitskreise teilnehmen. Es könnte an eine Vereinbarung gedacht werden, dass jeweils für ein bestimmtes Sachgebiet sich einige Ämter besonders interessiert erklären.

Sodann wird das System der Ausschüsse besprochen, denen die Behandlung der Rechtsgrundlagen für die einzelnen Statistiken obliegt. Es wird auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die sich daraus ergeben, dass der Sonderausschuss der Länder Entwürfe von Rechtsgrundlagen berät, bevor sie abschliessend zwischen den Bundesministerien erörtert worden sind. Obwohl im wesentlichen die Entwicklung des Systems der Ausschüsse, die sich ebenfalls im Rahmen des föderativen Aufbaus vollzogen hat, als abgeschlossen gelten kann, sollte nach Ansicht des Vertreters des Bundesministeriums der Finanzen doch wohl versucht werden, eine gewisse Reformierung des bisherigen Verfahrens anzustreben, da durch die Beschlüsse des Sonderausschusses die Stellungnahme des Bundesrates bereits bis zu einem gewissen Grade präjudiziert werden könnte. Auch eine zu starre Festlegung der Tatbestände in den Rechtsgrundlagen sollte vermieden werden. Hierzu wäre noch

einmal sehr sorgfältig die Frage der Begrenzung der bei einer Statistik zu erfragenden Tatbestände durch eine Kannvorschrift in den Rechtsgrundlagen zu prüfen.

Der Vorsitzende bittet zu überlegen, ob es möglich ist, die recht schwierige Ausschussprozedur dadurch zu lockern, dass anstelle von Gesetzen und Rechtsverordnungen einfachere Verwaltungsvorschriften geschaffen werden. Da aufgrund des Statistischen Gesetzes Rechtsverordnungen nur drei Jahre gültig sind, wird die amtliche Statistik zu stark mit der Vorbereitung neuer Rechtsgrundlagen belastet, wodurch die wichtigen fachlichen Aufgaben gefährdet werden. Es wird ausserdem der Eindruck erweckt, als ob mit der Verabschiedung neuer Rechtsgrundlagen jeweils auch neue Statistiken angeordnet würden, während es sich tatsächlich zum grossen Teil um eine Verlängerung des bereits laufenden Programms handelt.

II. Die Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes in anderen Gremien

Zunächst stellt der Vorsitzende fest, dass Wortmeldungen zu den Punkten

a) Arbeiten des Bundesausschusses Betriebswirtschaft (BBW) und des Rationalisierungskuratoriums der Deutschen Wirtschaft (RKW) und

b) Arbeiten des Deutschen Normenausschusses (DNA)

nicht vorliegen. Er unterstreicht nochmals die schon im Bericht erwähnte nützliche Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem im Rahmen des RKW arbeitenden Bundesausschusses Betriebswirtschaft, weil es hierdurch möglich wird, die zum Teil noch vorhandenen Divergenzen zwischen betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Begriffen zu beheben. Es wäre wünschenswert, wenn die betriebswirtschaftlichen Unterlagen so ausgebaut werden, dass aus ihnen die für volkswirtschaftliche Zwecke statistisch zu erhebenden Tatbestände entnommen werden können.

c) Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Wirtschafts-
wissenschaftlicher Forschungsinstitute

Hierzu wird von der Arbeitsgemeinschaft unter Hinweis auf den Bericht angeregt, auch im Statistischen Beirat den Kontakt zur theoretischen Wissenschaft herzustellen. Präsident Dr. Fürst weist darauf hin, dass sich bereits durch persönliche Fühlungnahme - insbesondere durch die Teilnahme an Tagungen der wissenschaftlichen Beiräte der Ministerien - auf verschiedenen Gebieten eine Zusammenarbeit mit der theoretischen Wissenschaft herausgebildet hat. Dieser Kontakt hat noch keinen besonderen organisatorischen Niederschlag gefunden, es fragt sich aber, ob dies wünschenswert ist, und ob es nicht zweckmässiger ist, Sachverständige gelegentlich zu bestimmten Problemen heranzuziehen.

III. Bericht über die Beteiligung des Statistischen Bundesamtes
an internationalen Tagungen und Projekten

Der Vorsitzende bemerkt einleitend, dass diesem Punkt der Tagesordnung im versandten Bericht deshalb so breiter Raum gewährt wurde, weil in den internationalen Gremien viele Probleme aufgeworfen werden, die zumindest auch vom Statistischen Beirat einmal durchdacht werden sollten.

a) Tagung der Europäischen Statistiker bei der ECE in Genf

Im folgenden sind nur die Punkte aufgeführt, die diskutiert worden sind:

Sog. "Input-Output"-Studien (S.12 des Berichts)

Die Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute halten es für wünschenswert, an den Input-Output-Studien beteiligt zu werden. Präsident Dr. Fürst verweist hierzu auf die Möglichkeit der Mitarbeit in dem neu zu gründenden Fachausschuss "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen", in dem diese Fragen behandelt werden sollen (s. Seite 17 des Protokolls).

Statistik der Ersparnisse (S.13 des Berichts)

Von den Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten wird hervorgehoben, dass die Statistik der Ersparnisse eine sehr wertvolle und notwendige Ergänzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen darstellt. Das Wissen um die Frage, wieviel der Ersparnisse aus den sog. Masseneinkommen und wieviel aus anderen Quellen herrühren, ist hierbei von wichtigem Erkenntniswert. Ebenso ist die Form, in der die gesparten Beträge angelegt werden, von Interesse.

Vierteljährliche Schätzungen der Hauptbestandteile des Volkseinkommens (S.15 des Berichts)

Unter Bezug auf den Bericht schlagen die Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute vor, auch die vierteljährlichen Schätzungen zu fördern. Hierzu wird berichtet, dass im Statistischen Bundesamt laufend vierteljährliche Berechnungen durchgeführt werden, dass sie aber bisher nicht veröffentlicht werden, da die statistischen Unterlagen noch unzureichend sind. Vor allem können noch keine Aussagen über den Saisonrhythmus gemacht werden, dessen Kenntnis für die richtige Beurteilung und Verwendung der vierteljährlichen Zahlen von Wichtigkeit ist.

Volkszählungen (S.16 und 17 des Berichts)

Der Präsident des Bayerischen Statistischen Landesamtes regt an, mit den Vorbereitungen des Zensus 1960 sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene möglichst frühzeitig zu beginnen. Die Diskussion ergibt, dass bereits auf der nächsten Konferenz der Europäischen Statistiker im September 1955 nach Möglichkeit deutsche Anregungen vorgelegt werden sollen. Es wird vereinbart, einen Arbeitskreis zu bilden, für den sich zunächst das Bundesministerium für Wohnungsbau - im Hinblick auf die Darstellung der Zusammensetzung und Lebensbedingungen von Personengruppen (Haushaltungen) -, der Deutsche Städtetag und das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften zur Verfügung stellen. Von den Sta-

tistischen Landesämtern gehören die Direktoren der Ämter in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein sowie Dr. Dr. Krieger vom Bayerischen Amt dem Arbeitskreis an. Es wird noch zu überlegen sein, ob weitere Beiratsmitglieder im Arbeitskreis mitarbeiten sollten.

c) Beteiligung an den Statistischen Arbeiten der Montan-Union

In Ergänzung des versandten Berichts führt der Vorsitzende aus, dass sich bei den Versuchen, die Bundesstatistiken auf die Statistiken der Montan-Union abzustimmen, sehr grosse Schwierigkeiten ergeben. Es muss abgewartet werden, ob es u.U. doch noch erforderlich wird, die von der Montan-Union benötigten Tatbestände gesondert zu erfragen.

IV. Form und Inhalt der Amtsveröffentlichungen

Der Vorsitzende stellt unter Hinweis auf die Ausführungen im schriftlichen Bericht das bisherige Veröffentlichungsprogramm des Statistischen Bundesamtes unter Einschluss der vorgesehenen Änderung der Statistischen Berichte und der durch den Abstrich von Veröffentlichungsmitteln im Haushalt bedingten Einschränkungen zur Diskussion.

Hierbei kommt zum Ausdruck, dass eine Kürzung des bisherigen Veröffentlichungsprogramms vermieden werden sollte. Besonders von den Konsumenten der Statistik wird die Notwendigkeit betont, die Ergebnisse der Bundesstatistiken so umfassend und so schnell wie möglich zu erhalten. Bei den laufenden Reihen sollte darüber hinaus in bestimmten Zeitabständen ein zusammenfassender Bericht gegeben werden. Die Sozialpartner sind der Ansicht, dass der Statistische Beirat gegen die Haushaltsbeschränkungen auf dem Sektor der Veröffentlichungen Stellung nehmen sollte.

B. Berichte der Abteilungen über einzelne Probleme ihres
=====
Arbeitsgebietes
=====

I. Allgemeine Organisation der Statistik

a) Stand der Rechtsgrundlagen zur Anordnung von
Statistiken

Mehrere Beiratsmitglieder weisen nachdrücklich darauf hin, dass die in § 16 StatGes vorgesehene Frist von zwei Jahren zur Schaffung von Rechtsgrundlagen nicht ausreicht. Der Zwang, bis zum 25.9.1955 für alle bisherigen Statistiken eine neue Rechtsgrundlage zu erstellen, wirkt sich ausserdem nachteilig auf die Weiterentwicklung der Statistik aus. Statt in Anpassung an die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung Reformbestrebungen durchzuführen, ist mit der Gefahr zu rechnen, dass infolge Zeitdrucks in den neuen Rechtsgrundlagen veraltete Tatbestände festgelegt werden müssen. Aus diesen Gründen hält der Statistische Beirat eine Verlängerung der in § 16 StatGes vorgesehenen Frist von zwei Jahren um weitere zwei Jahre für dringend erforderlich und beschliesst, die nachstehende Empfehlung an das Bundesministerium des Innern zu richten:

"Der Beirat fürchtet, dass der durch § 16 StatGes gegebene Zwang zur Schaffung von Rechtsgrundlagen bis zum 25. September 1955 zu einer überstürzten Ausarbeitung und Beratung der Entwürfe führen könnte. Er hält es nicht für möglich, diesen Termin trotz aller Bemühungen einzuhalten. Ausserdem fördert eine zu starke Festlegung des Inhalts der Befragung und die Legalisierung nach dem gegenwärtigen Stand kaum die Weiterentwicklung der Statistik. Der Beirat empfiehlt deshalb,

- (a) rechtzeitig die Voraussetzungen für eine Verlängerung der zur Schaffung von Rechtsgrundlagen nötigen Frist zu schaffen und

- (b) zu überlegen, wieweit es bei der Legalisierung der einzelnen Statistiken möglich ist, ein ausreichendes Mass von Beweglichkeit für die Weiterentwicklung der Statistiken zu gewinnen."

b) Zeitplan über den Ablauf der grossen Erhebungen bis etwa 1962

In Ergänzung der versandten Besprechungsunterlage wird über einige inzwischen eingetretene Veränderungen berichtet. Infolge des Ausfalls der Lohnsteuerstatistik 1955, und falls sowohl die Handwerkszählung als auch die Wohnungsstatistik in das Jahr 1956 verlegt werden, würde die für 1955 erwartete Arbeitsspitze auf 1956 verlagert werden. Es dürfte auch kaum möglich sein, einige der ursprünglich für 1956 vorgesehenen Statistiken auf 1955 vorzuverlegen, da der Haushaltsplan für das kommende Rechnungsjahr hierfür keine Mittel vorsieht.

In diesem Zusammenhang wird von den Sozialpartnern angeregt, im Jahre 1955 die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung wieder durchzuführen. Hierfür sollte der Beirat durch eine Empfehlung zu erreichen versuchen, dass Mittel im Nachtragshaushalt zur Verfügung gestellt werden. Der Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit erwidert, dass aus praktischen Erfahrungen heraus von der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung für 1955 abgesehen worden ist.

Bei dieser Gelegenheit erläutert der Vorsitzende nochmals die Schwierigkeiten, die sich bei der Mittelbeschaffung dann ergeben, wenn die Rechtsgrundlagen im Zeitpunkt der Haushaltsverhandlungen noch nicht als etatreif angesehen werden. Er hält es für wünschenswert, dass zumindest dringliche Vorhaben im Etat mit einem Sperrvermerk aufgenommen werden. Der Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen hält diese Regelung ggf. für durchführbar; Voraussetzung hierfür sei aber, dass die Notwendigkeit einer Statistik bereits vom Interministeriellen Ausschuss festgestellt worden ist.

Im Anschluss hieran wird die

Frage des Verhältnisses von Gesamtzählungen
und Teilzählungen

erörtert. Es handelt sich dabei um die Frage, ob in einzelnen Wirtschaftsbereichen Zählungen zu verschiedenen Zeitpunkten durchgeführt werden sollen, oder ob man nach Möglichkeit durch alle Bereiche hindurch zum gleichen Zeitpunkt einheitlich zählen sollte. Die Diskussion ergibt, dass beide Verfahren Vor- und Nachteile aufweisen. Zeitlich aufeinanderfolgende Teilzählungen haben den Vorteil des verhältnismässig gleichbleibenden Arbeitsanfalls bei den Statistischen Ämtern; sie stören jedoch den zeitlichen Vergleich. Konkrete Beispiele zeigen, dass die Frage in den einzelnen Wirtschaftsbereichen verschieden beurteilt werden muss, und dass auch zu berücksichtigen ist, welche Tatbestände erfasst werden sollen. Bei einem Teil der einmaligen Zählungen, z.B. der Arbeitsstättenzählung, Wohnungstatistik kann auf eine Gesamtzählung nicht verzichtet werden. Bei der Arbeitsstättenzählung allerdings sollten z.B. nach dem jeweiligen Stand der Überlegungen - etwa beim Weltzensus 1960 - alle Arbeitsstätten (mit Anschriften und ggf. mit einigen grundlegenden Merkmalen) festgestellt werden, während die Erfassung der in den einzelnen Wirtschaftsbereichen interessierenden Tatbestände besonderen Einzelzählungen vorbehalten werden soll.

II. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Auf die mündliche Wiedergabe der im Bericht gegebenen Ausführungen wird verzichtet. Zur Frage nach der Veröffentlichung der Ergebnisse aus der Kostenstrukturerhebung 1950 wird im einzelnen nochmals auf die grossen Schwierigkeiten hingewiesen, die zu einer Verzögerung der Erhebung, Aufbereitung und Veröffentlichung geführt haben. Die Ergebnisse liegen beim Statistischen Bundesamt für fast alle Bereiche vor. Sie können veröffentlicht werden, sobald die

Zustimmung der Wirtschaftsverbände vorliegt, auf die das Statistische Bundesamt wegen der besonderen Verhältnisse, unter denen die Erhebung durchgeführt wurde, grossen Wert legt. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks, zahlreiche Industrieverbände usw. haben sich bereits mit der Veröffentlichung einverstanden erklärt. Die Ergebnisse für den Einzelhandel sind dem Verband schon vor längerer Zeit zugeleitet worden. Der anwesende Vertreter der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels glaubt, eine baldige Stellungnahme zusagen zu können.

Der Antrag des Statistischen Bundesamtes, einen

Fachausschuss Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

zu bilden, findet Zustimmung. Die Aufgaben des ERP-Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen" und des für die Sozialproduktsberechnung der Länder gebildeten Arbeitskreises werden von diesem neuen Fachausschuss nicht berührt. Die an der Mitarbeit interessierten Stellen werden gebeten, sich schriftlich anzumelden. Aus dem Kreis der anwesenden Beiratsmitglieder wollen sich zunächst folgende Institutionen beteiligen:

Bundesministerien,
Bank deutscher Länder,
Statistische Landesämter,
Statistisches Amt der Stadt Frankfurt/Main,
Bundesverband der Deutschen Industrie,
Deutscher Gewerkschaftsbund,
Wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute.

Es wird vereinbart, auf eine nochmalige Darlegung und Erörterung der allgemeinen Grundzüge der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bei der ersten Sitzung des neuen Fachausschusses zu verzichten und ggf. als erstes Thema die Input-Output-Studien zu behandeln. Das Statistische Bundesamt wird hierzu eine entsprechende Diskussionsgrundlage versenden und den Termin der Sitzung rechtzeitig bekanntgeben.

III. Ernährungs- und Landwirtschaftsstatistik

In Anknüpfung an den vorliegenden Bericht wird vom Statistischen Bundesamt nochmals allgemein auf die bisherigen Erfahrungen und die möglichen Verbesserungen bei der Anwendung repräsentativer Verfahren in der Agrarstatistik hingewiesen. Bei allen Repräsentativstatistiken müssen vorläufig in gewissen Zeiträumen Totalzählungen beibehalten werden, die vielleicht später einmal durch regelmässig wiederkehrende Landwirtschaftliche Betriebszählungen abgelöst werden können.

Die eingeleiteten Untersuchungen über eine Umstellung der Bodenbenutzungserhebung auf die repräsentative Methode werden noch eine gewisse Zeit erfordern. Für die grosse Zahl der Anbauarten mit unterschiedlichen Streuungen werden verschiedene Auswahlmethoden und verschiedene Quoten angewandt werden müssen, die zuvor in Einzeluntersuchungen festzustellen sind. Deshalb ist die Durchführung im grossen frühestens für das Jahr 1956 zu erwarten. Auf eine Erläuterung des Standes der übrigen Vorhaben wird verzichtet.

Zur Frage der Paritätsgesetzgebung und ihrer möglichen Auswirkungen auf die amtliche Statistik stellt Präsident Dr. Fürst fest, dass zunächst die Entscheidung der gesetzgebenden Körperschaften abgewartet werden muss. Es ist aber, falls ein Paritätsgesetz verabschiedet werden sollte, sicher mit einer Erweiterung des statistischen Programms zu rechnen, etwa dergestalt, dass eine Durchleuchtung der gesamten wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge in der Landwirtschaft auf repräsentativer Basis erforderlich wird.

IV. Industrie- und Handwerksstatistik

Zur Handwerkszählung wird mitgeteilt, dass die ursprünglich berechneten Kosten von 2,3 Mill.DM nach Verzicht auf einen Teil der Kreisergebnisse auf 1,8 Mill.DM herabgesetzt werden konnten. In der Diskussion über eine mögliche Vorverlegung auf das Jahr 1955, die vom arbeitstechnischen Standpunkt von den Statistischen Landesämtern begrüsst würde, bringt

der Vertreter des Zentralverbands des Deutschen Handwerks zum Ausdruck, dass die aufgeworfenen Zweifel an der Vollständigkeit des Adressenmaterials durch eine mit dem Bundeswirtschaftsministerium abgesprochene beschleunigte Umfrage bei den Handwerkskammern behoben werden sollen. Damit wäre es möglich, noch bis Mitte 1955 zur abschliessenden Rechtsgrundlage zu kommen, zumal die Entwürfe des Fragebogens und auch des Tabellenprogramms bereits vorliegen. Ungeklärt bleibt allerdings die Frage, ob dann Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

V. Handels- und Verkehrsstatistik

Der Vertreter des Einzelhandels fragt an, ob durch das Statistische Bundesamt die Repräsentation für die Statistik der Einzelhandelsumsätze im einzelnen bereits überprüft worden sei. Ihm wird erwidert, dass Vergleiche mit den Ergebnissen der Umsatzsteuerstatistiken ergeben haben, dass die Ergebnisse der Repräsentativstatistik die tatsächlichen Verhältnisse in der Praxis des Einzelhandels richtig wiedergeben. Die Repräsentation der Postkartenstatistik reicht für die Beobachtung der Umsatzentwicklung in allen laufend dargestellten Einzelhandelszweigen für das Bundesgebiet aus. Schwierigkeiten treten nur bei den Stadtstaaten auf, weil die Zahl der tatsächlich vorhandenen Betriebe in manchen Branchen so gering ist, dass eine Untersuchung auf repräsentativer Basis nicht gelingen kann.

Ausserdem bat der Vertreter des Einzelhandels zu prüfen, ob in Verbindung mit der Umsatzsteuerstatistik Merkmale für Strukturzahlen gewonnen werden können. Es müsste auch geprüft werden, ob die Durchführung eines Handelszensus erforderlich ist. Das Statistische Bundesamt stellt fest, dass die Erfassung von Strukturmerkmalen in Verbindung mit der jährlichen Umsatzsteuerstatistik eine nicht zu vertretende Belastung der Finanzämter bedeute. Es wird jedoch zu prüfen sein, ob das bei den Finanzämtern vorliegende Adressenmaterial als Unterlage für die Durchführung eines besonderen Handelszensus geeignet ist und eines Tages für diesen Zweck herangezogen werden kann.

Es erscheint nicht erfolgversprechend, in die jetzt laufende Betriebsstatistik im Einzelhandel Fragen nach Strukturzahlen aufzunehmen, da bei dem jetzigen Umfange der auf die Umsatzentwicklung abgestellten Statistik ein einwandfreies repräsentatives Strukturbild nicht gewonnen werden kann.

VI. Statistik der Preise und Löhne, des Bau- und Wohnungswesens, Sozialstatistik

Bei der Erörterung des Zeitplans über den Ablauf der grossen Erhebungen sowie des Problems Gesamtzählungen und Teilzählungen wurde vom Vertreter des Bundesministeriums für Wohnungsbau die Notwendigkeit und Dringlichkeit der baldigen Durchführung der geplanten Wohnungsstatistik hervorgehoben, mit der bestimmte, für die künftige Wohnungs- und Mietpolitik wichtige Tatbestände einmalig erfasst werden sollen. Auch im Hinblick auf eine möglichst kontinuierliche Arbeitsbelastung der Statistischen Ämter sei es zweckmässig, die Wohnungsstatistik im Spätherbst 1955 durchzuführen. Die gleiche Ansicht wird von einigen Statistischen Landesämtern vertreten. Da bei den Verhandlungen über den Haushalt 1955 des Statistischen Bundesamtes die Ansätze für die Wohnungsstatistik zunächst gestrichen wurden, soll versucht werden, nach Beratung des Erhebungsprogramms durch den Statistischen Fachausschuss sowie nach Feststellung der Dringlichkeit und Notwendigkeit der Statistik durch den Interministeriellen Ausschuss für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik eine Wiedereinsetzung der geplanten Mittel für das Haushaltsjahr 1955 noch zu erreichen.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, und die verfügbare Zeit nur noch recht kurz ist, schliessen sich die Beiratsmitglieder der Ansicht des Vorsitzenden an, dass die schriftlich vorliegenden Berichte zu den weiteren Punkten der Tagesordnung als ausreichende Information anzusehen sind.

Zum Abschluss der Sitzung stellt Präsident Dr. Fürst fest, dass die Diskussionsbeiträge - besonders bei der Erörterung des Hauptthemas am ersten Tag - dem Statistischen Bundesamt

wertvolle Anregungen für die weitere Arbeit vermittelt haben. Es ist beabsichtigt, auf der nächsten Beiratstagung neben dem Bericht über die laufenden Arbeiten des Amtes und über die in Vorbereitung befindlichen statistischen Vorhaben wieder ein sachliches Thema von besonderer allgemeiner Bedeutung herauszustellen. Der Vorschlag findet allgemeine Zustimmung.